



Mitglied des Deutschen Bundestages
Frau Katja Kipping
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Anette Kramme

Parlamentarische Staatssekretärin
Mitglied des Deutschen Bundestages

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 49, 10117 Berlin
POSTANSCHRIFT 11017 Berlin

TEL +49 30 18 527-2660
FAX +49 30 18 527-2664
E-MAIL buero.kramme@bmas.bund.de

Berlin, 8. September 2014

Schriftliche Fragen im September 2014

Arbeitsnummer 7 und 17

Sehr geehrte Frau Kollegin,

liebe Katja,
als Anlage übersende ich Ihnen die Antwort auf Ihre o. a. Fragen.

Mit freundlichen Grüßen

Schriftliche Fragen im September 2014

Arbeitsnummer 7 und 17

Frage Nr. 7:

Welche konkreten Vorschläge zur Weiterentwicklung des Sanktionsrechts im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch werden von Seiten des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales am 10. September 2014 vorgestellt, und wann werden die Vorschläge der parlamentarischen Opposition und der allgemeinen Öffentlichkeit zugänglich gemacht?

Frage Nr. 17:

Wem werden die konkreten Vorschläge zur Weiterentwicklung des Sanktionsrechts im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch von Seiten des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales am 10. September 2014 bzw. den Folgetagen vorgestellt, und wann werden die Vorschläge der allgemeinen Öffentlichkeit zugänglich gemacht?

Antwort auf die Fragen Nr. 7 und 17:

Im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD für die 18. Legislaturperiode (S. 101) wurde vereinbart, „die weitgehende Sanktionierungsregelung und -praxis im SGB II für unter 25-jährige auf ihre Wirkung und möglichen Anpassungsbedarf hin zu überprüfen“. Die Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren für Arbeit und Soziales der Länder haben am 11. August 2014 den Bund gebeten, die in der AG „Rechtsvereinfachung im SGB II“ konsentierten Änderungsvorschläge (Anlage 2 des Abschlussberichts) zeitnah in ein Gesetzgebungsverfahren zu überführen. In diesem Zusammenhang plant das Bundesministerium für Arbeit und Soziales am 10. September 2014 ein Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der Regierungsfractionen, in dem unter Einbeziehung der Expertise von Praktikern das Thema „Weiterentwicklung des Sanktionsrechts“ erörtert werden soll.

Im Übrigen wird das Bundesministerium für Arbeit und Soziales im Herbst 2014 einen Referentenentwurf vorlegen. Die Abstimmung innerhalb der Bundesregierung bleibt abzuwarten.